

-
- [Kommentar: Pflegezeit – Auf freiwillige Lösungen setzen!](#)
 - [Fachkräftestudie](#)
 - [EA-Evaluation](#)
 - [Kosten und Dauer administrativer Gründungsverfahren neue Ergebnisse](#)

 - [Aktuelles aus dem IfM](#)
 - [Mittelstandsstatistik](#)
-

Kommentar: Pflegezeit – Auf freiwillige Lösungen setzen!

von Dr. Oliver Arentz

Die Versorgung pflegebedürftiger Bürger ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Bei insgesamt schrumpfender Bevölkerung nimmt die Zahl der Alten zu. Die Folgen sind offensichtlich: Die Lasten der steigenden Anzahl an Pflegefällen müssen von einer immer kleiner werdenden Gruppe von Personen im erwerbs- und pflegefähigen Alter getragen werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Familienministerin einen Vorschlag zur Einführung eines Pflegezeitgesetzes vorgelegt, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Pflege von Familienangehörigen zu erleichtern. Der Entwurf sieht im Wesentlichen vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit für die Pflege eines Familienangehörigen maximal zwei Jahre lang um 50 % reduzieren können. Während dieser zwei Jahre wird ein Lohn in Höhe von 75 % des letzten Bruttolohns gezahlt. Im Anschluss daran sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeit an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, während der Lohn für weitere zwei Jahre 75 % beträgt. Ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit ist nicht vorgesehen. Die Regelung soll auf freiwilliger Basis im Rahmen von Betriebsvereinbarungen übernommen werden.

Die Unternehmen sollen für ihre Vorleistungen während der ersten Zwei-Jahresperiode ein zinsloses Darlehen von der KfW erhalten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen eine Versicherung zugunsten der Unternehmen abschließen, für den Fall, dass sie nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. In welchem Umfang die Lasten für die Unternehmen durch diese Maßnahmen neutralisiert werden, bleibt abzuwarten. So wird das zinslose Darlehen aufgrund von Informations- und Bearbeitungskosten nicht kostenlos erhältlich sein. Auch tragen die Unternehmer mittelbar über ihre Steuern einen Teil zur Finanzierung der Darlehen bei. Ob die vorgeschlagene Versicherungslösung privatwirtschaftlich ohne weiteren staatlichen Zwang angeboten wird, darf bezweifelt werden, da die Versicherungsnehmer den Schadensfall zu einem hohen Grad beeinflussen können.

Der Vorschlag der Familienministerin ist insofern positiv zu beurteilen, als er die Gesellschaft für die anstehenden Herausforderungen sensibilisiert und auf freiwillige Lösungen setzt. Jeder gesetzliche Zwang, der Unternehmen Kosten auferlegt, wäre kontraproduktiv. Die Unternehmen würden die Kosten antizipieren und durch Lohnabschläge bzw. Veränderungen im Produktionsprozess kompensieren. Insbesondere Frauen dürften bei einer verpflichtenden Lösung Nachteile im Erwerbsleben entstehen.

Angesichts eines drohenden Fachkräfteengpasses werden die Unternehmen aus Eigeninteresse Wege suchen, die die betrieblichen Notwendigkeiten mit den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbinden. Die Erfahrung lehrt, dass der Mittelstand mit flexiblen und innovativen Lösungen auf solche Herausforderungen reagiert – sofern ihm die Politik den notwendigen Spielraum lässt. Ein gesetzlich vorgeschriebener Standard würde den Spielraum für flexible betriebliche Lösungen einengen. Dies wäre für mittelständische Unternehmen, deren Arbeitsabläufe i. d. R. nicht standardisierbar sind, ein Wettbewerbsnachteil. Daher ist die Familienministerin in ihrem Vorhaben, die Pflegezeit auf freiwilliger Basis einzuführen, zu bestärken.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Deckung des Fachkräftebedarfs in kleinen und mittleren Unternehmen

Im Zuge der konjunkturellen Erholung mehren sich die Stellenbesetzungsprobleme der Unternehmen. Gemäß den vorliegenden Projektionen zum zukünftigen Arbeitskräfteangebot und -bedarf wird einem wachsenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften ein zunehmend geringeres Angebot gegenüber stehen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind hiervon stärker betroffen als Großunternehmen. Das IfM Bonn hat in einer aktuellen Studie untersucht, wie die KMU unter diesen veränderten Bedingungen ihren Fachkräftebedarf decken können. Um das Fachkräftepotenzial zu heben, werden KMU ihre Personalpolitik zukünftig stärker an die Bedürfnisse von Frauen mit Familienpflichten, älteren Personen und Migranten anpassen müssen.

Eine weitere Möglichkeit, den Fachkräftebedarf zu decken, liegt für die KMU in der Steigerung ihrer Arbeitgeberattraktivität. Diese wird durch das Angebot materieller und immaterieller Anreize bestimmt. Im Hinblick auf die materiellen Anreize können die KMU i. d. R. mit den großen Unternehmen nicht mithalten. Im Hinblick auf immaterielle Anreize haben insbesondere die kleinen, teils aber auch die mittleren Unternehmen Vorteile. Mittels multivariater Analysen wird gezeigt, dass immaterielle Anreize wie abwechslungsreiche Tätigkeiten, selbstständige Gestaltung des Arbeitsablaufs und Einbindung in wichtige Unternehmensentscheidungen die Stellenbesetzungsprobleme kleiner Unternehmen spürbar reduzieren können. In der Gestaltung solcher Anreizbündel samt ihrer glaubwürdigen Kommunikation liegen somit Ansatzpunkte für KMU, im Wettbewerb um Fachkräfte zu bestehen.

Link: <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=952>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Einheitliche Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen evaluiert

Die Einheitlichen Ansprechpartner (EA) sollen gemäß der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLRL) EU-Ausländer in der Abwicklung aller für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit im jeweiligen Mitgliedsland relevanten Vorgänge unterstützen. Dabei soll der gesamte Vorgang auf elektronischem Wege erledigt werden können. Das IfM Bonn hat im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen die 21 Einheitlichen Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen auf ihre Funktionsfähigkeit untersucht.

Alle 21 EA in Nordrhein-Westfalen waren in dem Untersuchungszeitraum Mai bis Juli 2010 sehr gut erreichbar und mit ausreichendem Personal ausgestattet, um das noch sehr geringe Anfragevolumen zu bewältigen. Weit überwiegend wurden die EA von inländischen Dienstleistern beansprucht. So stammten 347 der insgesamt 386 Anfragen in dem Erhebungszeitraum aus dem Inland. Dienstleister aus dem EU-Ausland haben das Leistungsangebot der EA nur selten (20 Fälle) genutzt. Die übrigen Anfrager kamen aus dem Nicht-EU-Ausland. Von den beiden in der EU-DLRL genannten Aufgaben, Informationsvermittlung und Verfahrensabwicklung, sind die EA bisher ausschließlich im Rahmen der Informationsvermittlung in Anspruch genommen worden. Die Funktionsfähigkeit der EA im operativen Geschäft war zwar noch nicht in vollem Umfang gegeben, dies ist jedoch z. T. den besonderen Entstehungsbedingungen und dem frühen Entwicklungsstadium der EA geschuldet.

Link: <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=950>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Dauer und Kosten von Gründungsverfahren: Neue Ergebnisse aus dem Jahr 2010

Seit 2007 ermittelt das IfM Bonn die Dauer und Kosten von administrativen Gründungsverfahren im Rahmen des EU-Monitorings in drei ausgewählten Kommunen (Bremerhaven, Meißen und München). Grundlage der Untersuchung sind standardisierte gewerbliche Gründungen. Für das Jahr 2010 hat das IfM Bonn die Erhebung auf alle Bundesländer ausgeweitet, so dass erstmals auch ein bundesweiter

Vergleich möglich ist. Im Bundesdurchschnitt dauern die Gründungsverfahren 7,5 Arbeitstage. Die kürzesten Verfahrensdauern haben der Stadtstaat Bremen und das Land Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 4,25 Arbeitstagen sowie Sachsen und Niedersachsen (4,75 bzw. 5,25 Arbeitstage). Der längste administrative Zeitaufwand entsteht den Gründern in Sachsen-Anhalt, wo aufgrund einer speziellen Prüfpraxis der Finanzämter die Verfahren 18,25 Arbeitstage in Anspruch nehmen. Die administrativen Gründungskosten belaufen sich im Jahr 2010 auf durchschnittlich 169 €. Bei den Gründungskosten sind zwischen den Bundesländern nur geringfügige Abweichungen festzustellen, der niedrigste Wert beträgt 141 €, der höchste Wert 191 €.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich Deutschland in Hinsicht auf die Gründungsdauer absolut verbessert. Allerdings schlägt sich diese Verbesserung nicht im EU-weiten Ranking nieder – wie bereits 2007 nimmt Deutschland dort den 16. Rang ein. Die Fortschritte bei den Gründungskosten hingegen bewirkten, dass Deutschland im Vergleich der EU-Länder vom 23. auf den 9. Rang vorrückte. Insbesondere die Einführung der haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft (UG) führte zu einer deutlichen Senkung der Gründungskosten in Deutschland.

Link: <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=975>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

■ Neues aus dem IfM Bonn

Prof. Eekhoff präsentiert NUI Regionenranking auf dem ostpol° Auftakt 2011 in Offenbach

Die Stadt Offenbach belegte zum vierten Mal in Folge den ersten Rang im NUI Regionenranking des IfM Bonn (<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=930>). Dies nahm die Stadt Offenbach zum Anlass, Prof. Eekhoff zum ostpol° Auftakt am 26. Januar 2011 einzuladen. Während der Festveranstaltung überreichte Prof. Eekhoff das aktuelle NUI Regionenranking dem Oberbürgermeister der Stadt Offenbach und präsentierte die wichtigsten Ergebnisse der Studie dem anwesenden Publikum. Ein Video des Vortrags finden Sie hier: <http://vimeo.com/19223936> (ab 1:30 Minuten).

Ein Interview mit Prof. Eekhoff finden Sie unter <http://vimeo.com/19224504>.

IfM-Mitarbeiter auf internationalen Konferenzen vertreten

Auch in 2011 präsentieren IfM-Mitarbeiter ihre Forschungsergebnisse auf internationalen Konferenzen: Dipl.-Vw'in Nadine Schlömer wurde für die 7th Annual Family Enterprise Research Conference (FERC) in Grand Rapids, Michigan und das 23rd Annual Meeting of the Society for the Advancement of Socio-Economics in Madrid angenommen. Sie wird dem internationalen Fachpublikum ein Papier zum Thema „Why do employees establish works councils rarely in family firms? - a theoretical and empirical analysis“ vorstellen. Dr. Arndt Werner vertritt das IfM u. a. auf der Interdisciplinary European Conference on Entrepreneurship Research in München mit einem Beitrag zu „Internationalization in New Ventures - What role do team dynamics play?“ Auf der ersten Konferenz deutschsprachiger Zentren für Familienunternehmensforschung in Witten stellt Dr. Oliver Arentz das IfM Bonn vor.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

■ Mittelstandsstatistik

Schlüsselzahlen des Mittelstands aktualisiert

Das IfM Bonn hat die aktualisierten Schlüsselzahlen des Mittelstands auf seiner Homepage veröffentlicht. Die Schlüsselzahlen umfassen den Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an der Anzahl und dem Umsatz aller Unternehmen sowie den Anteil der in KMU sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Berechnungen erfolgen auf Basis des Unternehmensregisters.

Link: <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=77>

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Das IfM Bonn ist eine Stiftung des
privaten Rechts.

Redaktionsanschrift/Impressum

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstraße 20
D-53111 Bonn
Redaktion: Dr. Oliver Arentz
Tel: +49 228/72 99 7 - 59
Fax: +49 228/72 99 7 - 34
E-Mail: presse@ifm-bonn.org
Website: <http://www.ifm-bonn.org>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wir würden uns freuen, wenn Sie die IfM Bonn-Forschungsnews im interessierten Bekannten- und Kollegenkreis weiterreichen.

Anregungen, Kritik oder Lob nehmen wir gerne unter presse@ifm-bonn.org entgegen.

Falls Sie die IfM Bonn-Forschungsnews abbestellen möchten, klicken Sie bitte hier:
<http://www.ifm-bonn.org/newsletter/index.php?language=german>

Das IfM Bonn-Newsletter-Archiv finden Sie unter
<http://www.ifm-bonn.org/newsletter/archive/archiv.html>

Hinweis: Das IfM Bonn zeichnet nicht für die Inhalte externer Seiten verantwortlich, welche im Newsletter verlinkt werden. Dies betrifft alle Internetseiten, die sich außerhalb der Domänen www.ifm-bonn.org und www.ifm-bonn.de befinden.
